



**Ronald Schminke**  
Mitglied des Niedersächsischen Landtages

**Wahlkreisbüro**  
Nikolaistraße 30  
37073 Göttingen  
Tel.: 05 51 / 503 11 14  
Fax: 05 51 / 503 11 22  
Email: [info@ronald-schminke](mailto:info@ronald-schminke)  
[www.ronald-schminke.de](http://www.ronald-schminke.de)

Hann. Münden, 20.02.16

## Ermittlungen auch auf RP Kassel ausweiten **Profitgier bestimmt das Handeln – Genehmigungen beim RP Kassel durch Staatsanwaltschaft überprüfen**

„Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass staatsanwaltliche Ermittlungen gegen K&S Verantwortliche, Anwälte des Konzerns und die thüringische Genehmigungsbehörde beweisen werden, dass Genehmigungen zur Abfallbeseitigung nur durch umfangreiche Manipulationen zustande gekommen sind. Aber auch die Genehmigungspraxis des RP Kassel sollte die Staatsanwaltschaft akribisch prüfen, denn auch beim RP Kassel beobachten wir seit vielen Jahren eine Genehmigungspraxis, die umweltpolitisch einen bitteren Beigeschmack hat und die von vielen Menschen deshalb als institutionelle Komplizenschaft empfunden wird.“

Die Vermutung liege deshalb nahe, dass die Einflussnahme auf die Genehmigungsbehörden mit System betrieben wurde, weil die Umwelt trotz klarer gesetzlichen Vorgaben bisher immer nur Verlierer war.

Das Kernproblem sei, dass der Konzern sich seit Jahren hartnäckig verweigere, moderne Vermeidungstechnik einzusetzen. Die Sondershäuser Fa. K-UTEC habe in einer Vorstudie Lösungen einer abfallfreien Produktion aufgezeigt. Mit der verfügbaren Technik könnten Laugenverpressungen und Einleitungen in die Flüsse vermieden werden. Weiter gebe es gute Möglichkeiten, die Reststoffe in Gruben einzulagern und Ewigkeitslasten in Form von Kalibergen zu vermeiden. Der RUNDE TISCH habe mit einem fast einstimmigen Beschluss ein Gutachten zur technischen Umsetzbarkeit durch K-UTEC beschlossen, allerdings sei dies von K&S mit dem Verweis auf die Kosten (man schätzt ca. 600.000 bis 700.000 €) abgelehnt worden. Man sei technisch auf dem neuesten Stand und die K-UTEC Vorschläge seien nicht zielführend, erklärte der Konzern.

Das Umweltbundesamt (UBA) vertrete da allerdings eine ganz andere Auffassung. Das UBA bestätigte inzwischen, dass die Technik sehr wohl möglich ist und auf die Prüfung der Wirtschaftlichkeit habe man verzichtet, weil K&S diese Technik ohnehin ablehne.

# Medieninformation

---

Ronald Schminke:  
Wahlkreisbüro:  
(Jennifer Klaus)

Mobil: 0174 / 9714706  
Tel.: 0551 / 50311-14  
Email: [info@ronald-schminke.de](mailto:info@ronald-schminke.de)

Schminke: „Wenn ein Konzern umweltfreundliche und verfügbare Techniken ablehnt, ist die Genehmigungsbehörde nach meinem Verständnis aufgefordert, dem börsennotierten Konzern andere umweltbelastende Entsorgungswege zu verweigern. Aber genau das passiert seit vielen Jahren eben nicht. Es wird stattdessen quasi alles genehmigt und auslaufende Genehmigungen werden erneuert, weil der Konzern mit dem Verlust von Arbeitsplätzen droht. Die Politik ist dabei über alle Parteigrenzen hinweg mitverantwortlich, weil man der Erpressung Arbeitsplätze gegen Umwelt erlegen ist und genau das macht sich der Konzern zunutze, indem alle Beteiligten kontinuierlich gegeneinander ausgespielt werden.“

Die Einlassungen der Politik zeigten auch bei den Genehmigungsbehörden Wirkung. Wie soll man denn verstehen, dass ein Raumordnungsverfahren für die Oberweserpipeline vom RP Kassel innerhalb von nur 4 Tagen nach der Beantragung eröffnet werde. Das sei ein Vorgang für das Guinnessbuch der Rekorde.

Lobbyisten des Konzerns seien spürbar in allen Bereichen der Politik dabei, die billigsten Abfallentsorgungen als Stand der Technik zu verkaufen und dafür Genehmigungen zu erhalten, das belegten auch die Ergebnisse der aktuellen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen.

Sachsen – Anhalts Wirtschaftsminister Möllring (CDU) habe sogar vor wenigen Tagen gefordert, über eine Bundesratsinitiative den Unbedenklichkeitsgrenzwert von Chlorid zu streichen. Seine Forderung bekräftigte er mit Interessen von K&S. An Werra und Weser würden solche Forderungen als böswilliger Akt gewertet.

Schminke: „An der Oberweser werden wir nicht einmal einen Gartenschlauch für die Einleitung dieser umweltschädlichen Salzbrühe akzeptieren, damit das klar ist. Das Verschlechterungsverbot der europäischen Wasserrahmenrichtlinie verbietet das. Auch die neue Bezeichnung „Werrabypass“ ist eine begriffliche Volksverdummung, denn es ist ebenfalls eine Pipeline, die in die Oberweser mündet.“

Der Konzern K&S bringe die Arbeitsplätze der Kalikumpel durch die Verweigerung umweltgerechter Lösungen selbst in höchste Gefahr, solange allein die Profitgier das Handeln bestimmt. Der Erhalt der Arbeitsplätze und die Zukunft des Kalibergbaus seien aber nur im Einklang mit Natur und Umwelt langfristig gesichert. Niedersachsen sei zudem nicht das Abfallklo eines vorsinnftulich hessisch-thüringischen Kalibergbaus.

gez.

Ronald Schminke, MdL